

Die Zeitungs- und Druckereiwirtschaft

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 217

Nr. 187 a

Bezugspreis: monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen überall Postämtern, Zeitungsverkäufern und unter Auslieferung entgegen. — **Halle-Saale** monatlich 3,40 Goldmark. — **Anzeigenpreis:** Die Spalten 34 mm breit mit 6 Spalten; 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 4 Pfennig. Zeitungsanzeigen 3 Pfennig. Die 3 Spalten 30 mm breit mit 6 Spalten 80 Pfennig. Abdruck nach Zeitungs-Verordnungen Halle-Saale. **Gefährtsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürststr. 9280. Eigene Berliner Schriftleitung. — **Verlag v. Druck v. Otto Kallie, Halle-Saale**

Eine neue Schuldenkonferenz in Paris

Herriots Kampf um seine Stellung

Herriot in Paris

(Eigener Drahtbericht.)

Herriot hat Rambouillet verlassen und sich nach Paris begeben, wo er um 10 Uhr den Nachts über den Anberaumung des Ministerrats führen wird, der den Bericht über die Londoner Besprechungen von dem Ministerratshaus einbringen wird. Nach dem Londoner Kampfe "Doppelpräsidenten" wird Herriot die militärische Räumung des Ruhrgebietes und die Frage der Reparationen sowie die Dauer der Besetzung der Ruhrzone zur Sprache bringen. Diese Fragen werden dem Gegenstand der Beratungen bilden, zu denen die Hauptkollegen heute Nachmittag um 4 1/2 Uhr in der Downing Street zusammenkommen. Im Verlauf des fortgeführten Meinungsaustausches hat Macdonald, wie "Globe" offiziell berichtet, dem französischen Ministerrat die bestimmte Zusage gegeben, daß die englischen Truppen das Ruhrgebiet nicht zu räumen werden, wenn die im Versailler Vertrag festgelegten Bestimmungen über die Abzweigungen von Seiten Deutschlands erfüllt sind. Eine Klarstellung hat in London heute nicht stattgefunden. Im Anschluß an die Erörterung der beiden vorerwähnten Fragen entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Verantwortung des Schuldensprechers. Herriot, der die Unterstützung der dritten Kommission und hinsichtlich der Reparationen, die zur Sicherung der Reparationen unter gleichzeitiger Vermehrung von Lieferungen des deutschen Außenhandels zu ergreifen wären. Die beiden Außenministeren Klotz und Herriot haben sich vor der Delegation ausdrücklich über diese Fragen geäußert. Das weitere wurde in der Konferenz auch die Frage der interalliierten Schulden kurz gestreift. Es wurde behauptet, daß das Problem von den interalliierten Regierungen beraten werden soll, und daß im Anschluß daran die Einberufung einer interalliierten Konferenz erfolgen soll.

langt. Der dritte französische Delegierte, der wohl der eigentliche politische und geistige Kopf des französischen Ministeriums ist, drückt mehr auf die finanzielle Musswirie, er wäre bereit, mit sich reden zu lassen, wenn ihm dafür ein Nachlaß der französischen Schulden ausgestellt würde und man ersucht ist, in London, wo Clementel nach Paris einen Brief geschrieben hätte, worin er sich bitter über die Taktik Herriots beschwert. Er redet auf offenbar wohl darauf, daß die Engländer bereit sein würden, sehr harte "Zugeständnisse" auf dem Gebiete des Schuldensprechers zu machen, wenn sie dafür die Franzosen und Belgier aus der Ruhr militärisch hinauszuwerfen können. Soweit man aber die Stimmung in englischen Kreisen beurteilen kann, ist die Möglichkeit eines internationalen Schuldensprechers im Augenblick nicht gegeben. Sie würde nur vornehmen, wenn auch die Vereinigten Staaten mit im Spiele sind. Diese wollen sich aber vor den Risiken auf ein so gefährliches Experiment nicht einlassen. Clementel aber sieht, daß das Land in französischen Haushalten gar nicht zu halten ist in dem Augenblick, wo die französischen Kriegsschulden nicht nur als Induzium Schuld geföhrt, sondern auch bezahlt werden müssen, und diese Gefahr sehr realistisch, sobald einmal das Revolverium der deutschen Kriegsschuld einer, wenn auch nur vorläufigen, Entlösung entgegengeführt ist. Auf diesem Umwege bekommt die Frage des interalliierten Schuldensprechers auch sehr starkes innerpolitisches Gewicht für Frankreich und aus diesem Grunde ist der Finanzminister mit der politischen Art, wie Herriot über der militärischen Art, wie Klotz der Ruhrfrage bestimmen will, nicht einverstanden.

zur Schaffung von militärischen Stützpunkten benutzt habe, um gegenüber anderen Mächten eine Politik der Einmischung und Einflüsterung zu verfolgen. Die Wichtigkeit dieser Behauptung ist beinahe gänzlich oft nachgewiesen worden, zuletzt in dem ausgezeichneten Werk von Gouverneur Schneide "Die koloniale Schuldfrage" (Januarheft der Süddeutschen Monatshefte).

Nachdem er sich in der Konferenz über die koloniale Schuldfrage ein neues Mandat ergötzt in — Frankreich! Der amtliche Sonderbericht Frankreichs über Kamerun für das Jahr 1923, der jetzt dem Völkerbund vorgelegt hat, enthält in Kapitel II unter "Clausus militares" auf Seite 58 folgende bemerkenswerte Sätze, die wir nachfolgend wörtlich wiedergeben: "Die Deutschen hatten in Kamerun keine Einrichtungen geschaffen, die als Befestigung oder als militärischer Stützpunkt angesehen werden könnte. Die vier bis fünf Meter hohen Mauern mit Zinnen, die die deutschen Verwaltungsposten umgaben, waren lediglich ein Schutz gegen bewaffnete Eingeborene; gegen eine aus europäischen Mächten bestehende Kräfte ließen sie keinen Eindruck. Die Vorschriften des Artikels 22 der Völkerbundsbestimmungen des Versailler Vertrags über die Festsetzung von Festungen und militärischen Stützpunkten sind in Kamerun also von vornherein erfüllt gewesen." Zu dieser amtlichen französischen Überzeugung der kolonialen Schuldfrage bleibt nur noch hinzuzufügen: So wie in Kamerun war es in allen deutschen Kolonien! Erlauchen sind die Behauptungen der Gegner vom kolonialen Imperialismus Deutschlands, ebenso wie die von Deutschlands Unfähigkeit zur Kolonialisation. Die Wahrheit liegt nicht im Licht und Frankreich selbst ist ihr unfeindlicher Diener.

Dementierte Unstimmigkeiten

Paris, 9. August.

Ein von hiesiger ausländischer Stelle ausgegebenes Kommuniqué dementiert die gestern in politischen Kreisen verbreiteten Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb der französischen Delegation. Es wird darin mitgeteilt, daß Herriot, von diesen Gerüchten in Kenntnis gesetzt, noch gestern abend ein Telegramm an den Ministerrat geschickt habe, in dem er diesen ermächtigt, alle Gerüchte über einen Gegensatz zwischen ihm und Klotz für falsch und den Tatsachen widersprechend zu bezeichnen. Die Reise der französischen Delegation nach Paris sei ausschließlich von dem Wunsch geleitet, sich heute vor der Montag vorzunehmenden Eröffnung der Debatte über die militärische Räumung des Ruhrgebietes mit dem Präsidenten der Republik sowie mit den Mitgliedern des Ministerrats ins Benehmen zu setzen. Die der Sonderkommission des "Welt Parquet" demselben, die in Kreisen der französischen Delegation bereits seit einigen Tagen ein gewisses Umläufigkeit gefunden. Herriot ist zu der Überzeugung gekommen, daß angesichts der Definition, die die militärische Besetzung im Jahre 1923 durch die Regierungen Belgiens und Frankreichs sowie durch die späteren Erklärungen Poincarés gegeben habe, es unmöglich sei, für die Befestigung der militärischen Okkupation über die wirtschaftliche Räumung hinaus das Argument der Sicherheit geltend zu machen. Nicht nur England, sondern vor allem auch Belgien lehne es kategorisch ab, Frankreich auf diesem Wege zu folgen. Frankreich lehne demnach nur übrig, sich auf den reinen Rechtsanspruch zu stellen, was jedoch keineswegs ausschließliche, von Deutschland bestimmte Garantien für die im Dawes-Plan übernommenen Verpflichtungen zu verlangen, bevor Frankreich seine Truppen endgültig zurückziehe. Die in dem ursprünglichen von den französischen und belgischen Sonderkommissionen festgelegten Räumungen vorgezeichneten Fristen von zwei Jahren könnten unter diesen Umständen nicht als ungenügend angesehen werden. Wenn Deutschland eine frühere Räumung wünscht, so müsse es "untrügeliche Beweise eines guten Willens liefern", die ebenso gut auf dem Gebiet der Mobilisierung eines Teils der deutschen Schulden, wie in bestimmten Maßnahmen zur Sicherung der Erfüllung und in freiwilligen Vereinbarungen auf wirtschaftlich Gebiete liegen könnten. Es sei wahrscheinlich, daß England und Belgien sich der französischen These anschließen würden.

Für Anstößen der Kriegsschuldfrage

München, 9. August.

Der deutsche Kampfbund gegen die Kriegsschuldfrage hat an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er den heutigen Augenblick, da die Vertreter Deutschlands mit den Alliierten auf der Londoner Konferenz in Unterhandlung ständen, für die Erfüllung der Kriegsschuldfrage für sehr geeignet halte. Der Kampfbund bittet in dem Schreiben den Ministerpräsidenten, sofort mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um entweder die von ihm für notwendig gehaltene Erfüllung der Schuldfrage zu bewirken, oder andererseits wenigstens die Abgemessenheit bei der Feststellung beruigen zu können, daß nach den bestmöglichen Darlegungen der Reichsregierung mit der Einhaltung ihres Versprechens zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmt geworden werden kann und daß wichtige Umstände die Verwirklichung nicht nur nicht gefährlich, sondern sogar zweckmäßig erscheinen lassen.

Eine neue Konferenz in Paris

Paris, 9. August.

Die heutigen Meldungen aus London bestätigen, daß Macdonald hier bereits erklärt habe, die Frage der interalliierten Schulden auf einer so bald wie möglich einzuberufenden Konferenz in Paris diskutieren zu lassen und nach in London die Übermittlung für die englische Liquidation dieser Frage mit den Verbündeten festzulegen. Herriot werde wahrscheinlich nach dem Schluß der Konferenz dem französischen Parlament die angebotene Gelegenheit zu einer außerparlamentarischen Debatte geben, und unmittelbar danach würden die alliierten Kommissionen erneut zusammengetreten. Die Schuldankonferenz soll, nach dem "Welt Journal", bereits zwischen dem 15. und dem 20. August in Paris stattfinden.

Herriot wenig zuverlässig

London, 9. August.

Die "großen Sieben" sind vor Herriots Reise zu einer Beratung zusammengetreten die noch anzuhalten. In französischen Kreisen betrachtet man Herriots Lage als sehr bedächtig. Obwohl Eingeweihte sind überzeugt, daß er mit einem abfälligen Einverständnis zu überlegen und neuen Anseer als Nachfolger Klotz. Andere meinen, daß Herriot nachsicht, oder sich das Genid streben wird. Herriot selbst ist nervös und niedergeschlagen. Er habe gestern abend, er behaupte, daß man in der Konferenz stellen seine guten Willen so wenig erkennen und schließlich Frankreich ins Ufer drängen. Er sei durchaus für einen Frieden und eine freundliche Verständigung mit Deutschland, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Diese Willen würden ihm aber von der Konferenz und von Frankreich sehr schwer gemacht.

Klotz reist nach Paris

Paris, 8. August.

Herriot kommt am Sonntag mit Klotz und Clementel zusammen nach Paris, um in der nächsten Aufschlüsselung über die Frage der militärischen Räumung und die Befestigung der vier tausend Eisenbahnen die Zustimmung des Kabinetts zu erbitten.

Frankreichs Finanznöte

London, 9. August.

Die Räumung der Ruhr für Frankreich nicht ausschließlich eine Kriegsfrage. Herriot wird nicht ausschließlich auf die Schuldfrage innerhalb der Delegation wegen der Räumung zurückgeführt. Hier sind die Gegenstände zu befragen. Herriot würde bereit die Truppen zurückzugeben, wenn er neben den nationalen Schwächen auch politische und finanzielle Schwierigkeiten bekommt, während Klotz darüber hinaus auch noch militärische Schwierigkeiten

Die Zusammenkunft zwischen Stresemann und Herriot

London, 9. August.

Das gemeldete Zusammenreffen zwischen Stresemann und Herriot wird bestätigt. Das Ergebnis der Besprechung wird als vorteilhaft bezeichnet. Es ist aber anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und die damit zusammenhängenden Fragen über einen französisch-deutschen Handelsvertrag, die Sechsforderungen und die übrigen Dinge gesprochen wurde.

Französisches Geständnis zur kolonialen Schuldfrage

In den veröffentlichten Noten der Alliierten vom 18. Juni 1919, in denen die Gründe angegeben sind, die die Alliierten berechtigt haben, Deutschland seine Kolonien zu besetzen, ist als ein Hauptgrund aufgeführt, daß Deutschland militärisches Imperialisierung die Kolonien

Deutschnationaler Protest gegen die Haltung der preussischen Staatsregierung

Berlin, 9. August.

(Eigener Drahtbericht.) Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Es erregt großes Aufsehen, daß bei dem Schluß des Reichstages über den Schluß der deutschen Landwirtschafst die preussische Staatsregierung in besonders feindseliger Form erklärt hat, daß sie diesen Schlußmaßnahmen widerspreche. Preußen ist nach wie vor der größte deutsche Agrarstaat und deshalb im besonderen Maße für die Sicherstellung der deutschen Volksernährung durch den Schluß der heimischen Landwirte verantwortlich. Dieser Verantwortung hat die preussische Staatsregierung durch die Ablehnung der Schutzmaßnahmen auf das schärfste zu widersprochen. Es ist zu erwarten, daß diese Verhalten der preussischen Staatsministeriums nach harte Erregung in weiten Kreisen Preußens hervorgerufen wird. Wie sich bekannt, wie die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, die durch ihre Fraktionen sich für den Schluß der Landwirte ausgesprochen haben, sich verhalten werden.

Austritt aus dem Hochschulkreis Deutscher Art

Berlin, 9. August.

Nach einer Meldung der "Germania" aus München ist das Kartell der katholischen Studentenverbindungen aus dem Hochschulkreis Deutscher Art ausgetreten, nachdem die Verhandlungen über einen Befreiung des Kartells wegen der antifaunistischen Demonstrationen an der Münchener Universität unmittelbar nach dem Gipfelpunkt zu seinem Ergebnis geführt hatte. Das Kartell begründet seinen Austritt damit, daß der Hochschulkreis in seinen Beratungen festgelegten Grundlag der Ueberparteilichkeit verstoßen habe.

Ein Kommunist entwichen

München, 9. August.

Der kommunistische Schriftsteller Dr. Karl Franz, der feinerzeit bei der Aufhebung des geheimen kommunistischen Beteiligungs in der Germania-Dezision teilgenommen und im Kommuniparagrafen im Juli zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist entwichen, es er aus dem Gefängnis zu einem Zahnarzt überbracht worden sollte.

